

Debatte über Erklärung zur Verfassungsrevision

Jadin und Siquet verteidigen Forderungen der DG

Im föderalen Parlament herrschte am Mittwoch die Emsigkeit wie in einem Kaufhaus kurz vor Toresschluss. Und Schluss ist auch bald: Die Abgeordnetenkommission beschloss gestern, dass sie heute die Liste mit den Verfassungsartikeln verabschiedet wird, die in der nächsten Legislaturperiode abgeändert werden können. Nach dieser Abstimmung ist das Parlament automatisch aufgelöst (siehe Bericht oben). Die geschäftsführende Regierung verabschiedete am Dienstag die Liste mit den revidierbaren Verfassungsartikeln. Die Liste umfasst die Artikel, die bereits 2007 gebilligt wurden, sowie einige zusätzliche Bestimmungen des Grundgesetzes. Laut dem ausscheidenden Premierminister Leterme(CD&V) ist dies erforderlich, damit nach den Wahlen eine ausgedehnte Staatsreform verwirklicht werden kann. Gestern erhielt die Liste grünes Licht in den zuständigen Ausschüssen von Kammer und Senat, heute sind abschließend die Plenarversammlungen beider Häuser gefragt. Auffallend war, dass die frankophonen Mitglieder des Kammerausschusses für Verfassungsrevision und institutionelle Reformen ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Staatsreform verweisen. »Wir müssen dem Land erneut Stabilität geben, Stabilität, die nötig ist, um das Land gut zu verwalten, um wirklich wichtige Entscheidungen zu treffen«, so Valérie Déom (PS).

Sowohl Gemeinschaftssenator Louis Siquet (SP) als auch die ostbelgische Kammerabgeordnete Kattrin Jadin (PFF) verteidigten gestern in ihren jeweiligen Ausschüssen bei den Debatten über die Erklärung zur Verfassungsrevision die Anliegen der DG - Jadin sogar ausschließlich in Deutsch. Sie verwiesen dabei auf die in einer Resolution des PDG aus dem Jahre 2007 und in einer Stellungnahme des PDG-Ausschusses I von vergangenen Montag festgehaltenen Forderungen: garantierte Vertretung in Kammer und Senat, Zuerkennung der konstitutiven Autonomie sowie Übernahme der Provinzbefugnisse und -finanzen. Alle von diesen Autonomieforderungen betroffenen Verfassungsartikel gehören zu denen, die zur Revision freigegeben werden: die Artikel 63, 67, 68, 118 und 123 standen schon auf der Liste 2007, die Artikel 41, 162 und 170 (Provinzbefugnisse und -finanzen) werden hinzugefügt.

Das Kammerplenarium verabschiedete gestern Abend auch die Finanzhilfe Belgiens für Griechenland in Höhe von 2,864 Milliarden Euro. (gz)